

Warnung vor Engpässen für Sozialversicherungszahlungen

Nach einem aktuellen Bericht des israelischen Rechnungshofes könnte das Nationale Versicherungsinstitut (Bituach Leumi), das für Renten, Arbeitslosen-, Invaliditäts-, Mutterschafts- und Pflegeleistungen zuständig ist, bereits im Jahr 2035 nicht mehr in der Lage sein, alle gesetzlichen Verpflichtungen vollständig zu erfüllen. Ursachen sind unter anderem eine alternde Bevölkerung, steigende Ausgaben sowie Folgen einer Reform aus dem Jahr 2018, die die Rücklagen deutlich schneller schrumpfen lässt als ursprünglich erwartet.

Wie bei Versicherungsgesellschaften üblich, erhebt Bituach Leumi von der Bevölkerung höhere Beiträge, als sie voraussichtlich auszahlen wird, um sicherzustellen, dass sie über Rücklagen für eine alternde Bevölkerung und für Notfälle verfügt. Diese zusätzlichen Mittel, mit denen Defizite ausgeglichen werden können, werden laut dem Rechnungshof voraussichtlich bis zum Jahr 2035 aufgebraucht sein. Gleichzeitig steigt die Zahl der Leistungsempfänger. Bereits seit einigen Jahren übersteigen die Ausgaben die laufenden Einnahmen.

Der Rechnungshof kritisierte, dass sich die Regierung nicht ausreichend auf die demografischen Veränderungen vorbereitet habe. Israel altert zwar langsamer als viele europäische Staaten, doch auch hier wächst die Zahl älterer Menschen kontinuierlich. Dadurch steigen insbesondere die Ausgaben für Altersrenten und Pflegeleistungen. Der Bericht fordert deshalb langfristige Reformen, um die Stabilität des Systems zu sichern.

Damit reiht sich Israel, ein Land mit einer der höchsten Geburtenraten im OECD-Raum in das Schicksal Deutschlands oder der Schweiz ein, die durch die steigende Lebenserwartung und geringere Geburtenraten schon jetzt entweder aus dem Bundeshaushalt Geld zuschiessen oder das Rentenalter erhöhen müssen.

Bituach Leumi zahlt nicht nur Renten, sondern auch Kindergeld, Arbeitslosenunterstützung, Invaliditätsleistungen und Mutterschaftsgeld. Sollte das System in finanzielle Schwierigkeiten geraten, müssten entweder die Beiträge erhöht, Leistungen gekürzt oder zusätzliche staatliche Mittel bereitgestellt werden.



Eine Bituach Leumi-Filiale in Israel (Bild: Bituach Leumi Webseite).

Junge Israelis wollen wählen gehen

Eine grosse Mehrheit der Israelis, die bei der kommenden Wahl erstmals abstimmen dürfen, plant laut einer aktuellen Umfrage, tatsächlich wählen zu gehen. Von den 18- bis 22-Jährigen gaben 91 Prozent an, ihre Stimme abgeben zu wollen. 82 Prozent von ihnen sind überzeugt, dass Wahlen einen tatsächlichen Einfluss auf die Entwicklung des Landes haben können.

Trotz der hohen Wahlbereitschaft, engagieren sich viele junge Israelis kaum politisch. Die Mehrheit der Befragten gab an, noch nie an politischen Aktivitäten wie Demonstrationen, Petitionen oder direkte Parteiarbeit, teilgenommen zu haben. Darüber hinaus fand die Umfrage, dass junge Menschen politische Entwicklungen vor allem über soziale Medien verfolgen, die für junge Israelis inzwischen die wichtigste Nachrichtenquelle darstellen. Besonders unter arabischen Befragten ist die Nutzung sozialer Netzwerke als Informationsquelle stark verbreitet.



Israelis demonstrieren, junge Menschen sind seltener auf den Protesten (Bild: KHC).

Bei den Themen, die junge Wähler beschäftigen, standen nationale Sicherheit und die Lebenshaltungskosten an erster Stelle. Beide Anliegen wurden von jüdischen und arabischen Befragten ähnlich häufig genannt. Finanzielle Fragen wie Inflation, Wohnen und Beschäftigung zählen damit zu den grössten Sorgen dieser Altersgruppe. Die Beziehungen zwischen Juden und Arabern wurden zwar ebenfalls genannt, spielten jedoch insgesamt eine deutlich geringere Rolle als Sicherheits- und Wirtschaftsfragen.

Gleichzeitig zeigt die Umfrage, dass viele junge Menschen kritisch auf den Zustand der israelischen Demokratie blicken. Während ein Teil der jüdischen Befragten die Demokratie im Land positiv bewertet, äusserten sich arabische Teilnehmer deutlich skeptischer. Auch unter ultraorthodoxen Befragten überwog die Unzufriedenheit.

Israel setzt auf KI gegen den Lehrermangel

Wegen des akuten Lehrermangels will Israel den Englischunterricht an Mittelstufenschulen künftig teilweise mithilfe künstlicher Intelligenz durchführen. Das Bildungsministerium kündigte an, dass bereits im kommenden Schuljahr ein landesweites Programm starten soll, bei dem Schüler über KI-gestützte Systeme Englisch lernen. Hinter dem Projekt steht ein Umbau des Bildungssystems, das stärker auf personalisiertes Lernen setzen soll. Die KI soll den Unterricht an das jeweilige Niveau, Lerntempo und die Bedürfnisse einzelner Kinder anpassen. Laut Bildungsministerium soll das Programm „English for Everyone“ an allen Mittelstufen eingeführt werden; parallel dazu soll ein weiteres Projekt, das zunächst in 28 Schulen getestet wurde, auf 180 Schulen ausgeweitet und auch auf Mathematik und Naturwissenschaften übertragen werden.

Auslöser für den Schritt ist unter anderem der Mangel an Lehrkräften, der das israelische Schulsystem seit Jahren belastet. Gerade in zentralen Fächern und in bestimmten Regionen fällt es Schulen zunehmend schwer, genügend qualifizierte Lehrkräfte zu finden. Die Regierung präsentiert den Einsatz von KI deshalb nicht nur als technologische Innovation, sondern auch als praktische Antwort auf strukturelle Probleme im Bildungssystem.

Noch offen ist allerdings, wie genau die landesweite Einführung organisatorisch umgesetzt werden soll. Das Bildungsministerium stellte zwar die Ziele des Programms vor, nannte bislang aber nur wenige Details zu Zeitplan, technischer Infrastruktur oder der Rolle der Lehrkräfte im neuen Modell. Unklar ist auch, ob KI vor allem als ergänzendes Lernwerkzeug gedacht ist – oder tatsächlich Teile des Unterrichts ersetzen soll.



Eine Schulklasse in Israel – künftig mit KI-Unterstützung? (Bild: KHC).

Ihre Ansprechpartner

Redaktion: Katharina Höftmann; E-Mail: hoeftmann.k@gmail.com

Projektverantwortlicher für den GIS-Vorstand: Jacques Korolnyk; E-Mail: jacques.korolnyk@israel-schweiz.org.il

Spenden ermöglichen die wöchentliche Publikation der ZWISCHENZEILEN. Wir hoffen, auch Sie bald zu unseren Gönnern zählen zu dürfen. Hier die Kontoangaben in der Schweiz:

IBAN: CH02 0900 0000 1660 2152 7 - Kontoinhaber: Verein-AMUTA*, CH-8702 Zollikon
Bank: PostFinance AG, Funkenstrasse 10, CH-4800 Zofingen - SWIFT/BIC: POFICHBEXXX

*Überweisung zu lokalen Bedingungen